

Presseerklärung vom 16.08.2013

**Auswertung der Diskussionsveranstaltung
zum Forschungsreaktor BER II in Berlin Wannsee
am 15.08.2013**

Zu dem umstrittenen Forschungsreaktor in Berlin-Wannsee und seinem geplanten Weiterbetrieb bis 2020 haben sich auf der Veranstaltung zahlreiche Bürger besorgt geäußert. Zu der Verunsicherung in den betroffenen Berliner und Brandenburger Regionen tragen neben der intransparenten Kommunikationspolitik des Helmholtzzentrums Berlin (HZB) auch das erhebliche Desinteresse des Berliner Senates, der Zehlendorfer Lokalpolitiker sowie des seit acht Jahren direkt gewählten Bundestagsabgeordneten (Wellmann, CDU) des Bezirks bei. Ziel der gestrigen Veranstaltung war es, diesem Missstand mit Hilfe der anwesenden DirektkandidatInnen Aufklärung entgegenzusetzen.

Es wurde deutlich, dass teilweise eine erhebliche Diskrepanz zwischen den grundsätzlichen Positionen der Parteien und deren Direktkandidaten besteht (Grüne, SPD, LINKE). Dies gilt eingeschränkt auch für die Kandidaten der CDU und FDP. Finckh-Krämer (SPD), Stahr (Grüne), Savvidis (LINKE) und Thiesen (Piraten) konnten diesem Eindruck noch am stärksten widersprechen. Hier wurden auch das vom Publikum eingeforderte parlamentarische Engagement versprochen. Metzner (FDP) und Wellmann (CDU) vertrauen den Verantwortlichen von HZB und Senat. Sie gaben im wesentlichen die Verantwortung an das Publikum weiter und verwiesen auf den juristischen Rahmen, der es jedem Bürger ermöglicht, sich mit einer Strafanzeige gegen erkannte Missstände zu wehren. Bemerkenswert war, dass parteiübergreifend alle Direktkandidaten dem Katastrophenschutzplan misstrauten und im Ernstfall ein Chaos erwarten.

Soweit die Berliner DirektkandidatInnen und die der angrenzenden Brandenburger Wahlkreise 61 und 62 auf unsere Wahlprüfsteine geantwortet haben, sind diese mittlerweile auf der Internetseite www.atomreaktor-wannsee-dichtmachen.de veröffentlicht und bewertet. Das Anti-Atom-Bündnis Berlin Potsdam fordert alle zukünftigen Mitglieder des Bundestages sowie alle Mitglieder des Abgeordnetenhauses Berlin auf: Setzen Sie sich entsprechend ihrer Verantwortung als Gesellschafter des Helmholtzzentrums Berlin (Bund 90%/ Land Berlin 10%) für eine aktualisierte Abschätzung der radiologischen Auswirkungen einer Kernschmelze des BER II nach Flugzeugabsturz in einem „worst-case“ Szenario ein.

Fordern Sie ein aktualisiertes Gutachten ein, das diese Kritikpunkte berücksichtigt:

- gleichzeitiger Treibstoffbrand und Wasserstoffexplosion
- unterschiedliche Abbrandgrade der Brennelemente
- max. gefüllte Lagerkapazität abgebrannter Brennelemente in Absetz- und Umsetzbecken
- Einbeziehung des Katastrophenschutzplanes

Dieses neue Gutachten ist notwendig, da die bisherigen Studien für den BER II ausschließlich eine Kernschmelze ohne Treibstoffbrand betrachteten. Für den Mainzer Forschungsreaktor wurde mittlerweile die freigesetzte Aktivität bei Treibstoffbrand um den Faktor 38000 höher ermittelt.

Für das Anti-Atom-Bündnis Berlin/ Potsdam ist die vom HZB angekündigte Abschaltung des Reaktors 2020 nicht ausreichend. Das Bündnis fordert den sofortigen Entzug der veralteten Betriebsgenehmigung!

DIESER REAKTOR GEHÖRT ABGESCHALTET UND STILLGELEGT, SOFORT!

**Anti-Atom-Bündnis Berlin und Potsdam
sowie die Regionalgruppe IPPNW Berlin**

Kontakt: Udo Holländer 030 – 691 15 32